Muslimische Wissenschaftler wollen Islamgesetz

25. April 2017

Berlin (KNA) Mehrere muslimische Wissenschaftler haben sich für ein Islamgesetz nach österreichischem Vorbild ausgesprochen. Dies wäre aus Sicht des Islamwissenschaftlers Mouhanad Khorchide und des Politikwissenschaftlers Hamed Abdel-Samad ein Weg, den Einfluss konservativer muslimischer Verbände und ausländischer Geldgeber in deutschen Moscheen einzudämmen. Im Berliner „Tagesspiegel“ (Montag) äußerten sie die Auffassung, dass ein solcher Schritt einen modernen, reformorientierten Islam fördern könne.

Mehrere CDU-Politiker um die Präsidiumsmitglieder Jens Spahn und Julia Klöckner hatten ein solches Islamgesetz gefordert. Dies war bei Bundesregierung, Kirche und parteiintern auf Kritik gestoßen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der zu den Mitbegründern der Islamkonferenz zählt, sagte Anfang des Monats, ein Bundesgesetz sei „sicher nicht die richtige Methode“.

Khorchide, Professor für islamische Religionspädagogik in Münster, betonte, er finde Spahns Idee „grundsätzlich sympathisch“. Der deutsche Staat solle die Imame finanzieren, „damit wir nicht auf Finanzierung aus dem Ausland angewiesen sind“. Die Mehrheit der Muslime in Deutschland werde durch die Verbände, die viele Bundesländer als Ansprechpartner betrachteten, nicht repräsentiert. „Das grundsätzliche Problem ist, dass man in Deutschland versucht, das christliche Modell für den Islam zu übernehmen.“ Das entspreche nicht seinem Selbstverständnis: „Das ist eine individuelle Religion.“

Abdel-Samad forderte die Entscheidung eines unabhängigen Wissenschaftsrats darüber, welche muslimischen Theologen an Universitäten lehrten. Die Lehrkräfte sollten „nicht auf die Zustimmung der Islamverbände angewiesen“ sein. Der Staat müsse Lizenzen für Glaubensgemeinschaften und Moscheen vergeben: „Die Moscheen müssen die Imame nehmen, die der Staat bestimmt, und dürfen nicht aus dem Ausland finanziert werden.“

(KNA – rkomn-89-00044)

Stand: 27. November 2026